

presse

Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt

Kerstin Tack, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen:

Deutschlandweit gibt es etwa 800 sogenannte Integrationsbetriebe. Sie gehören zum ersten Arbeitsmarkt und beschäftigen mehr als 22.000 Mitarbeitende mit und ohne Behinderungen auf sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. In den Belegschaften sind Menschen mit Behinderungen mit einem Anteil von 25 bis 50 Prozent vertreten. Den Ausbau der Integrationsbetriebe wollen die Koalitionsfraktionen jetzt mit 150 Millionen Euro fördern. Am morgigen Donnerstag, den 2. Juli, berät der Deutsche Bundestag einen entsprechenden Antrag in erster Lesung.

„Um mehr Arbeitsplätze in Integrationsbetrieben zu schaffen, sollen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 jeweils 50 Millionen Euro aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden. Für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit soll es in Zukunft außerdem möglich sein, Integrationsbetriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt zu berücksichtigen.

Der Antrag von SPD und Union sieht darüber hinaus vor, die Zielgruppe der Integrationsbetriebe um den Personenkreis langzeitarbeitsloser Schwerbehinderter zu erweitern, die betriebliche Gesundheitsförderung auszubauen und Weiterbildungsangebote zu verbessern. Um die Schwelle zum Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt weiter zu senken, soll die wöchentliche Mindestarbeitszeit in Integrationsbetrieben von 15 auf zwölf Stunden herabgesetzt werden. So wird Beschäftigung möglich, die sich an den individuellen Fähigkeiten der Menschen orientiert.

Integrationsbetriebe sind eine gute Alternative zur Werkstatt für behinderte

Menschen und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum inklusiven Arbeitsmarkt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Mit dieser Initiative wird die Erfolgsgeschichte der Integrationsbetriebe fortgeschrieben und weiterentwickelt.“